

Fall 10 – Lösungsvorschlag

Erster Tatkomplex: Der Unfall mit dem Zweisitzer

A. STRAFBARKEIT DES M WEGEN TOTSCHLAGS GEM. § 212 ABS. 1 STGB (DURCH ANFAHREN DES X)

Indem M den X anfuhr, könnte er sich wegen Totschlags gem. § 212 Abs. 1 StGB strafbar gemacht haben. Die Tötung des X kann M aber schon nicht objektiv zugerechnet werden, da er durch seine regelkonforme Autofahrt keine rechtlich missbilligte Gefahr gesetzt oder erhöht hat. M hat sich nicht wegen Totschlags gem. § 212 Abs. 1 StGB strafbar gemacht.

Hinweis: Für den BGH, der die Notwendigkeit der objektiven Zurechnung für Vorsatzdelikte nicht anerkennt, käme es darauf an, dass M zum Tatzeitpunkt keinen Vorsatz hinsichtlich der Tötung eines Menschen hat. Die Prüfung des Tatbestandes könnte hier auch weggelassen werden, da offensichtlich ist, dass zumindest kein Vorsatz anzunehmen ist.

B. STRAFBARKEIT DES M WEGEN FAHRLÄS-SIGER TÖTUNG GEM. § 222 STGB (DURCH ANFAHREN DES X)

Indem M den X anfuhr, könnte er sich wegen fahrlässiger Tötung gem. § 222 StGB strafbar gemacht haben.

I. Tatbestand

1. X verstarb an der Unfallstelle. Das Anfahren durch M war auch kausal für die todbringenden Verletzungen des X. Der Tod von X kann M auch objektiv zugerechnet werden.

2. M hätte objektiv sorgfaltswidrig bei objektiver Vorhersehbarkeit des Erfolgs handeln müssen. Objektiv sorgfaltswidrig handelt, wer die im Verkehr erforderliche Sorgfalt missachtet. Vorliegend hielt M die zulässige Höchstgeschwindigkeit ein. M handelte daher nicht objektiv sorgfaltswidrig. Für einen besonnen und gewissenhaften Menschen in der konkreten Lage von M war es auch nicht möglich, X zuvor zu erkennen, da dieser blitzschnell hinter einem Busch auftauchte. Der Erfolg war somit auch nicht objektiv vorhersehbar.

Hinweis: Zur Bestimmung des Umfangs der erforderlichen Sorgfalt (im Straßenverkehr) kann zudem auf den sog. „Vertrauensgrundsatz“ abgestellt werden. Dieser besagt, dass derjenige, der sich selbst verkehrsgerecht verhält, sich grundsätzlich darauf verlassen kann, dass sich auch die anderen Verkehrsteilnehmenden pflichtgemäß verhalten. Es muss somit nicht mit sorgfaltswidrigem Verhalten anderer gerechnet werden.¹

II. Ergebnis

M hat sich nicht wegen fahrlässiger Tötung gem. § 222 StGB strafbar gemacht.

C. STRAFBARKEIT DES M WEGEN TOTSCHLAGS GEM. § 212 ABS. 1 STGB (DURCH MITTEILUNG AN K)

M könnte sich durch die Mitteilung an K, alles Notwendige zu tun, wegen Totschlags gem. § 212 Abs. 1 StGB strafbar gemacht haben.

Hinweis: Auf den ersten Blick erscheint es merkwürdig, diese Prüfung vorzunehmen. Zu beachten ist jedoch, dass § 212 StGB keine An-

¹ Vgl. hierzu Rengier Strafrecht AT, 17. Aufl. 2025, § 52 Rn. 22.

forderungen an die Tathandlung stellt. Mit anderen Worten: § 212 StGB trifft keine Aussage über das „Wie“ der Tötung.

I. Tatbestand

1. **Objektiver Tatbestand**

- a) X ist tot, der Erfolg ist eingetreten.
- b) X müsste auch durch eine Handlung des M gestorben sein. Fraglich ist, ob vorliegend ein Tun des M vorliegt oder ob er lediglich die Rettung des X unterlassen hat. Wie Tun und Unterlassen abzugrenzen sind, ist strittig.
 - aa) Nach einer Ansicht liegt ein Tun vor, wenn der Täter durch einen gewissen Energieeinsatz in Richtung des gefährdeten Rechtsguts für den tatbestandlichen Erfolg kausal geworden ist.² Vorliegend hat M dem K mitgeteilt, er werde alles Notwendige tun. Diese Mitteilung ist eine Körperbewegung (durch Sprechen), die einen Energieeinsatz erfordert. Danach läge hier ein aktives Tun vor.
 - bb) Nach anderer Ansicht (h.M.) soll es auf den Schwerpunkt der Vorwerfbarkeit ankommen, der durch eine wertende Gesamtbe trachtung zu ermitteln ist.³ Tun ist danach ge geben, wenn auf einer aktiven Handlung der Schwerpunkt der Vorwerfbarkeit liegt. Hier wird ein rettender Kausalverlauf (aktiv) abgebrochen, nachdem dem Opfer realisierbare Rettungschancen zugewachsen sind, indem sich K zur Rettung anbot. Nach wertender Be trachtung liegt der Schwerpunkt der Vorwerf barkeit auf aktivem Tun.
 - cc) Eine Stellungnahme ist damit entbehrlich. M handelte durch aktives Tun.

c) Die Mitteilung an K war auch kausal für den Tod des X. Der Erfolg ist M auch objektiv zurechenbar.

2. **Subjektiver Tatbestand**

M müsste auch vorsätzlich hinsichtlich der Tötung des X gehandelt haben. Zum Zeitpunkt der Mitteilung an K war M jedoch nicht klar, dass er nur einen der beiden Verletzten retten kann. Zu diesem Zeitpunkt handelte M daher ohne Vorsatz. Der subjektive Tatbestand ist damit nicht erfüllt.

II. Ergebnis

M hat sich nicht wegen Totschlags gem. § 212 Abs. 1 StGB strafbar gemacht.

Hinweis: Auch diese Prüfung müsste wegen Offensichtlichkeit nicht zwingend vorgenommen werden. Die Ausführungen zum Tun oder Unterlassen wären dann im Rahmen der nun folgenden Prüfung des § 222 StGB zu machen.

D. **STRAFBARKEIT DES M WEGEN FAHRLÄS-SIGER TÖTUNG GEM. § 222 STGB (DURCH MITTEILUNG AN K)**

M könnte sich durch die Mitteilung an K, alles Notwendige zu tun, wegen fahrlässiger Tötung gem. § 222 StGB strafbar gemacht haben.

I. Tatbestand

- 1. Der Erfolg (Tod des X) ist durch eine kausale Handlung des M (Mitteilung an Z) eingetreten.
- 2. M müsste sich objektiv sorgfaltswidrig bei objektiver Vorhersehbarkeit des Erfolges ver halten haben. Die Erklärung des M gegenüber K, er werde alles Notwendige tun, stellt sich

² So etwa SK StGB/Stein, 10. Aufl. 2023, Band 1, Vor § 13 Rn. 2 ff.

³ BGHSt 6, 46, 59; 40, 257, 265 f.; TK-StGB/Bosch StGB, 31. Aufl. 2025, Vor § 13 ff. Rn. 158a.

angesichts der lebensgefährlichen Verletzungen von S und X als objektiv sorgfaltswidrig dar. Für M hätte es schon vorher deutlich sein müssen, dass er nur X oder S rechtzeitig retten kann. Es war daher auch objektiv vorhersehbar, dass einer von beiden ohne die Hilfe des K sterben würde.

3. Hätte sich M rechtmäßig verhalten, indem er die Hilfe des K angenommen hätte, wäre der Tod von X nicht eingetreten. Bei rechtmäßigem Alternativverhalten wäre der Erfolg mithin vermeidbar gewesen. Auch ein Pflichtwidrigkeitszusammenhang ist gegeben.

II. Rechtswidrigkeit

M handelte rechtswidrig.

III. Schuld

M handelte auch subjektiv sorgfaltswidrig sowie in sonstiger Hinsicht schuldhaft.

IV. Ergebnis

M hat sich wegen fahrlässiger Tötung gem. § 222 StGB strafbar gemacht.

Zu denken wäre auch an eine Strafbarkeit des M gem. § 323c Abs. 1 und 2 StGB, weil er K wegschickte und damit verhinderte, dass K Hilfe leisten konnte. Hier fehlt es aber zumindest am subjektiven Tatbestand. Hinsichtlich § 323c Abs. 1 StGB handelt M ohne Vorsatz, weil er zu diesem Zeitpunkt (noch) nicht erkannt hat, dass die Hilfe des K erforderlich ist. Hinsichtlich § 323c Abs. 2 StGB fehlt M der Vorsatz bzgl. des Taterfolgs des Behinderns. Der Täter muss nämlich auch erkennen, dass infolge seines Verhaltens, des Behinderns, Hilfe zumindest nicht mehr gleich effektiv geleistet werden kann.⁴ Das ist hier nicht der Fall:

M denkt zu diesem Zeitpunkt noch, er könne beide verletzte Personen allein retten.

E. STRAFBARKEIT DES M WEGEN TOTSCHLAGS DURCH UNTERLASSEN GEM. §§ 212 ABS. 1, 13 ABS. 1 STGB (DURCH WEGFAHREN OHNE X ZU HELFEN)

Indem M keinerlei Rettungsmaßnahmen einleitete und X liegen ließ, könnte er sich wegen Totschlags durch Unterlassen gem. §§ 212 Abs. 1, 13 Abs. 1 StGB strafbar gemacht haben.

I. Tatbestand

1. Objektiver Tatbestand

a) X ist tot, der Erfolg ist eingetreten.

b) Indem X keinerlei Rettungsmaßnahmen einleitete, hat er einen gebotenen und möglichen Erfolgsabwendungsversuch unterlassen.

Hinweis: Auch hier hätte eine Abgrenzung von Tun und Unterlassen vorgenommen werden können. Nach der Theorie vom positiven Energieeinsatz könnte man sogar von einem Tun ausgehen, der Schwerpunkt der Vorwerfbarkeit liegt jedoch eindeutig auf dem Liegenlassen. In dieser Konstellation zeigt sich die Schwäche der Theorie des positiven Energieeinsatzes.

c) Die unterlassene Rettung durch M müsste auch „quasi-kausal“ für den Tod des X sein. Das ist dann der Fall, wenn die Rettungshandlung nicht hinzugedacht werden kann, ohne dass der konkrete Erfolg mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit entfiel.⁵ M hat nicht X, sondern S gerettet. M hätte anstatt der S den X retten können, wodurch der

⁴ Fischer StGB, 72. Aufl. 2025, § 323c Rn. 31.

⁵ BGHSt 6, 1, 2; 37, 106, 126.

Erfolg mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit entfallen wäre. Mithin ist das Unterlassen „quasi-kausal“.

d) M müsste auch eine Garantenstellung für X gehabt haben (vgl. § 13 Abs. 1 StGB: *wegen Unterlassens wird nur bestraft, wer rechtlich dafür einzustehen hat, dass der Erfolg nicht eintritt*).

aa) In Betracht kommt zunächst eine Garantenstellung aus Ingerenz. Eine solche ist jedenfalls bei pflichtwidrigem (im Sinne eines vorsätzlichen oder fahrlässigen Fehlverhaltens)⁶ Vorverhalten anerkannt.⁷ Hinsichtlich des Vorverhaltens sind verschiedene Anknüpfungspunkte denkbar.

(1) Ein möglicher Anknüpfungspunkt wäre die Verursachung des Unfalls. Diese war jedoch nicht pflichtwidrig (s.o.).

(2) In Betracht kommt weiterhin die Mitteilung des M an K, er benötige seine Hilfe nicht. Dieses Verhalten war pflichtwidrig (s.o.). M hat durch das pflichtwidrige Wegschicken des K auch die Gefahr geschaffen, dass dem X nicht rechtzeitig geholfen werden konnte. Zumindest durch dieses Verhalten trifft M also eine Ingerenzgarantenstellung.

bb) Darüber hinaus könnte M eine Beschützergarantenstellung aus tatsächlicher Übernahme haben.⁸ Allein daraus, dass jemand einem Verunglückten oder sonst Hilfsbedürftigen beisteht, ergibt sich zwar noch kein Obhutsverhältnis, d.h. keine Garantenpflicht zur Vollendung der begonnenen Hilfeleistung.⁹ Anders kann es aber sein, wenn der Helfende durch seine Hilfe die Situation für den Hilfsbedürftigen wesentlich verändert, insbesondere

indem er andere Rettungsmöglichkeiten ausschließt. Indem M dem K mitteilte, er werde alles Notwendige tun, hat er Vertrauen auf die Übernahme der Rettung begründet, sodass andere Schutzmaßnahmen – namentlich die Hilfe des K – nicht nur unterblieben, sondern sogar der konkrete Rettungsversuch des K vereitelt wurde. M traf mithin auch eine Garantenstellung aus tatsächlicher Übernahme.

e) Der objektive Tatbestand der §§ 212 Abs. 1, 13 Abs. 1 StGB ist damit vollständig erfüllt.

2. Subjektiver Tatbestand

M handelte auch vorsätzlich hinsichtlich des Erfolgseintritts, hinsichtlich seiner Fähigkeit zur Erfolgsabweitung und des Unterlassens der Erfolgsabweitung. Er wusste zudem um sein pflichtwidriges Vorverhalten und seine daraus resultierende Garantenstellung aus Ingerenz. M wusste auch, dass er den Schutz des X tatsächlich übernommen hatte. Er hatte daher Vorsatz hinsichtlich aller objektiven Tatbestandsmerkmale.

II. Rechtswidrigkeit

M müsste auch rechtswidrig gehandelt haben. Dafür dürften keine Rechtfertigungsgründe eingreifen.

1. Rechtfertigender Notstand, § 34 StGB

M könnte wegen rechtfertigenden Notstands gem. § 34 StGB gerechtfertigt sein.

a) Eine Notstandslage ist durch die gegenwärtige Gefahr für das Leben der S gegeben.

b) Das Unterlassen von Rettungshandlungen müsste auch geeignet und erforderlich gewesen sein, die Gefahr abzuwenden. Zwar

⁶ Ransiek JuS 2018, 526 (529).

⁷ Wessels/Beulke/Satzger Strafrecht AT, 54. Aufl. 2024, Rn. 1200.

⁸ Vgl. hierzu Wessels/Beulke/Satzger AT, Rn. 1186 f.

⁹ BGH NStZ 1994, 84, 85.

konnte S nur dadurch gerettet werden, dass M die Rettung von X unterließ. Nachdem K bereits weggefahren ist, war das auch das relativ mildeste Mittel, um die Gefahr abzuwenden. Jedoch überwiegt das geschützte Interesse (Leben der S) das beeinträchtigte (Leben des X) nicht wesentlich. Eine Abwägung von Leben gegen Leben ist im Rahmen von § 34 StGB unzulässig.¹⁰ M ist nicht nach § 34 StGB gerechtfertigt.

2. Rechtfertigende Pflichtenkollision

M könnte jedoch aufgrund einer rechtfertigenden Pflichtenkollision gerechtfertigt sein.

a) Eine solche liegt vor, wenn mehrere Handlungspflichten den Normadressaten derart treffen, dass er die eine nur auf Kosten der anderen erfüllen kann.¹¹ M müsste also zunächst eine weitere gleichwertige oder sogar höherwertige Handlungspflicht treffen. Vorliegend ist M nach §§ 212 Abs. 1, 13 Abs. 1 StGB auch zur Rettung der S verpflichtet. Die dazu erforderliche Garantenstellung ergibt sich ebenso aus Ingerenz, weil M das Hilfsangebot von K ablehnte und sich dadurch pflichtwidrig verhielt (s.o.). Diese Handlungspflicht ist aufgrund der Gleichrangigkeit der Rechtsgüter (Leben) und der Garantenstellungen gleichwertig. M kann nicht beide Pflichten gleichzeitig erfüllen. Er handelte zudem in Kenntnis der Umstände, die die Pflichtenkollision begründen.

Hinweis: In einen Konflikt, dass Leben gegen Leben nicht abgewogen wird, gerät man hier nicht. Das Rechtsgut „Leben“ wird schließlich nicht qualitativ bewertet.

b) Die Rechtsfolge des Vorliegens einer Kollosion gleichwertiger Handlungspflichten, von denen nur eine erfüllbar ist, ist eine Rechtfertigung, schließlich darf nach dem Grundsatz „ultra posse nemo obligatur“ das Strafrecht nicht Unmögliches verlangen.¹² M wäre die Rettung von X **und** S unmöglich.

3. Zwischenergebnis

M handelte aufgrund der rechtfertigenden Pflichtenkollision nicht rechtswidrig.

III. Ergebnis

M hat sich nicht wegen Totschlags durch Unterlassen gem. §§ 212 Abs. 1, 13 Abs. 1 StGB strafbar gemacht.

F. STRAFBARKEIT DES M WEGEN UNTERLASSENER HILFELEISTUNG GEM. § 323C ABS. 1 STGB (DURCH WEGFAHREN OHNE X ZU HELFEN)

Indem M keinerlei Rettungsmaßnahmen einleitete und X liegen ließ, könnte er sich wegen unterlassener Hilfeleistung gem. § 323c Abs. 1 StGB strafbar gemacht haben.

I. Tatbestand

1. Objektiver Tatbestand

a) Es müsste zunächst ein Unglücksfall vorliegen. Ein Unglücksfall ist ein plötzlich eintretendes Ereignis, das erhebliche Gefahren für Personen oder bedeutende Sachwerte mit sich bringt oder zu bringen droht.¹³ Die Prüfung, ob ein Unglücksfall vorliegt, ist ex post

¹⁰ Rengier AT, § 19 Rn. 32.

¹¹ Rengier AT, § 49 Rn. 39.

¹² Ebd., § 49 Rn. 41.

¹³ Wessels/Hettinger/Engländer Strafrecht BT I, 48. Aufl. 2025, Rn. 1061.

vorzunehmen.¹⁴ Der vorliegende Verkehrsunfall stellt ein plötzlich eintretendes Ereignis dar. X erlitt lebensgefährliche Verletzungen, sodass auch eine erhebliche Gefahr für Personen durch den Unfall herbeigeführt wurde. Ein Unglücksfall liegt somit vor.

b) M müsste die Hilfeleistung trotz Handlungsmöglichkeit unterlassen haben. Unter einem Hilfeleisten versteht man jede Tätigkeit, die der Intention nach auf Abwehr der Gefahr gerichtet ist.¹⁵ Hier hat M den X nicht ins Krankenhaus gefahren, mithin eine ihm mögliche Hilfeleistung unterlassen.

c) Die Hilfeleistung müsste auch erforderlich gewesen sein. Erforderlich ist die Hilfeleistung dann, wenn ohne sie die Gefahr besteht, dass die durch § 323c Abs. 1 StGB charakterisierte Unglückssituation sich zu einer nicht ganz unerheblichen Schädigung von Personen oder Sachen von bedeutendem Wert auswirkt.¹⁶ Die Feststellung der Erforderlichkeit ist objektiv ex ante vorzunehmen. Hier war X auf ärztliche Hilfe angewiesen und wäre aus objektiver ex ante-Perspektive andernfalls gestorben.¹⁷ Die Hilfeleistung war somit auch erforderlich.

d) Die Hilfeleistung hätte für M auch zumutbar sein müssen. Die Zumutbarkeit ist anhand einer Interessenabwägung, die sich an positive Wertentscheidungen zu halten hat, zu bestimmen. Die Zumutbarkeit entfällt, wenn die Hilfeleistung den Täter rechtlich überfordern würde.¹⁸ M kann X nur unter Verletzung einer anderen wichtigen (hier: gleichgewichtigen, s.o.) Pflicht retten. Da er diese Pflicht erfüllte,

war ihm die Pflicht, den X ebenfalls zu retten, nicht mehr zumutbar.

II. Ergebnis

M hat sich nicht wegen unterlassener Hilfeleistung gem. § 323c Abs. 1 StGB strafbar gemacht.

Hinweis zu § 142 StGB: Dieser Tatbestand ist laut Bearbeitungsvermerk von der Prüfung ausgenommen. Abgesehen davon wird man mit Blick auf § 142 Abs. 1 StGB (Sich-entfernen) jedenfalls eine Rechtfertigung aufgrund der oben bejahten rechtfertigenden Pflichtenkollision anzunehmen haben. Mit Blick auf § 142 Abs. 2 Nr. 2 Var. 1 StGB könnte man die Strafbarkeit verneinen, da der Sachverhalt offen lässt, ob M dieser Sekundärpflicht (Nachholpflicht) nachgekommen ist. Geht man davon aus, dass er dieser Pflicht nicht nachgekommen ist, kann eine Strafbarkeit gem. § 142 Abs. 2 Nr. 2 Var. 1 StGB bejaht werden.

G. STRAFBARKEIT DES K WEGEN UNTERLASSENER HILFELEISTUNG GEM. § 323C ABS. 1 STGB

Indem K weiterfuhr, könnte er sich wegen unterlassener Hilfeleistung gem. § 323c Abs. 1 StGB strafbar gemacht haben.

I. Tatbestand

1. Objektiver Tatbestand

a) Ein Unglücksfall liegt vor (s.o.).

¹⁴ Str., es handelt sich aber um eine Frage des Strafrecht BT, die hier ausgeklammert bleiben soll.

¹⁵ Vgl. TK-StGB/Hecker, § 323c Rn. 12.

¹⁶ Ebd., Rn. 14.

¹⁷ Allein die Tatsache, dass X später tatsächlich gestorben ist, muss hier (aufgrund der ex ante-Betrachtung) außer Acht bleiben und kann allenfalls ein Indiz für die Erforderlichkeit darstellen.

¹⁸ Vgl. MüKo-StGB/Freund/Koch, 4. Aufl. 2022, § 323c Rn. 90 ff., 105.

- b) K unterließ eine Hilfeleistung trotz Handlungsmöglichkeit.
- c) Fraglich ist, ob die Hilfeleistung erforderlich war. Wird am Unglücksort bereits ausreichend Hilfe geleistet, besteht für andere grundsätzlich keine Hilfspflicht mehr.¹⁹ Hier war bereits M anwesend, um Hilfe zu leisten. Aus objektiver ex ante-Sicht war jedoch klar, dass M mit seinem Zweisitzer-Pkw nicht beide Personen in ein Krankenhaus transportieren konnte und er allein daher keine ausreichenden Rettungsmaßnahmen unternehmen konnte. Ein Hilfeleisten des K war somit erforderlich.
- d) Die Hilfeleistung wäre K auch zumutbar gewesen.

2. Subjektiver Tatbestand

K erkannte den Unglücksfall und musste auch erkannt haben, dass M nur einen Zweisitzer-Pkw hatte, seine Hilfe also erforderlich war. Er handelte daher vorsätzlich.

Hinweis: Der Sachverhalt ist insoweit nicht eindeutig. Ebenso vertretbar wäre, dass K sich über die Erforderlichkeit irrte, weil er auf die Angabe des M vertraute, dieser werde alles Notwendige tun.

II. Rechtswidrigkeit und Schuld

K handelte rechtswidrig und schulhaft.

III. Ergebnis

K hat sich nach § 323c Abs. 1 StGB strafbar gemacht.

Zweiter Tatkomplex: Die Ostseereise

A. STRAFBARKEIT DER S WEGEN VERSUCHTEN TOTSCHLAGS DURCH UNTERLASSEN GEM. §§ 212 ABS. 1, 13 ABS. 1, 22, 23 ABS. 1 STGB DURCH ABSEHEN VON HILFEHOLEN FÜR B

Indem S für B keine Hilfe holte, könnte sie sich wegen versuchten Totschlags durch Unterlassen gem. §§ 212 Abs. 1, 13 Abs. 1, 22, 23 Abs. 1 StGB strafbar gemacht haben.

I. Vorprüfung

B ist nicht gestorben, es fehlt insofern am Tatereignis. Beim Totschlag handelt es sich um ein Verbrechen i.S.d. § 12 Abs. 1 StGB, sodass der Versuch gem. §§ 23 Abs. 1 StGB strafbar ist.

II. Tatbestand

1. Tatentschluss

S müsste Tatentschluss hinsichtlich der Tötung von B gehabt haben. Vorliegend erkannte S die Lebensgefahr des B, sein Tod war ihr „ganz recht“. Sie handelt damit hinsichtlich des Todeserfolgs (zumindest bedingt) vorsätzlich. Ihr war auch bewusst, dass ihre Rettung des B möglich war und dies auch erforderlich wäre, um das Leben des B zu retten. Ferner war ihr bewusst, dass der Erfolg bei Hinzudenken ihrer Rettungshandlung entfallen würde (Tatentschluss hinsichtlich „Quasi-Kausalität“). S wusste schließlich um ihre Garantenstellung für B wegen enger natürlicher Verbundenheit aufgrund der gemeinsamen Ehe (vgl. § 1353 BGB).

¹⁹ Lackner/Kühl/Heger/Heger, 31. Aufl. 2025, § 323c Rn. 5; Rengier Strafrecht BT II, 26. Aufl. 2025, § 42 Rn. 10.

2. Unmittelbares Ansetzen

S müsste zum Totschlag durch Unterlassen unmittelbar angesetzt haben. Fraglich ist, wann beim unechten Unterlassungsdelikt das unmittelbare Ansetzen zur Tatbestandsverwirklichung beginnt.

a) Nach einer Ansicht liegt das unmittelbare Ansetzen im pflichtwidrigen Unterlassen der ersten Rettungsmöglichkeit.²⁰ Der Garant müsste sofort zum Einschreiten verpflichtet sein, da die erste Möglichkeit zugleich die letzte sein könnte. Zudem legt der Vergleich mit dem Versuchsbeginn beim Begehungsdelikt diese Grenze nahe, da der Garant ja bereits die Gefahrenlage erkannt und die Rettungsmöglichkeit(en) gesehen hat. Hier wäre die erste Rettungsmöglichkeit bereits verstrichen, als S die Lebensgefahr erkannt hat.

b) Nach anderer Ansicht soll es auf das Verstreichenlassen der letzten Rettungsmöglichkeit ankommen.²¹ Soweit mehrere Handlungsmöglichkeiten in einer zeitlichen Reihe möglich sind, bleibe dem Garanten die Wahl des Zeitpunktes seines Eingreifens. Das Recht verlange nur die Abwendung eines Erfolges. Solange dies dem Handlungspflichtigen noch möglich sei, er seine Pflicht also noch erfüllen könne, sei die Grenze zur Strafbarkeit noch nicht überschritten. Hier sieht S den B auf die See treiben, geht ins Hotel und legt sich später schlafen. Nach ihrer Vorstellung wird B tot sein, wenn sie aufwacht. S hätte danach also spätestens unmittelbar angesetzt, als sie sich hinlegte.

c) Nach einer weiteren Ansicht (h.M.)²² liegt das unmittelbare Ansetzen bei unechten Unterlassungsdelikten vor, wenn nach der Vorstellung des Täters durch die weitere Verzögerung eine unmittelbare Gefahr für das Handlungsobjekt entsteht oder der Täter den Kausalverlauf aus der Hand gibt. Diese Lösung entspricht der auch bei Begehungsdelikten maßgeblichen Unterscheidung zwischen Vorbereitung und Versuch. Maßgeblich muss die Bedrohung des Rechtsgutes nach der Vorstellung des (unterlassenden) Täters sein. Dabei ist der Garant nicht nur zur Erfolgsabwehrung, sondern schon zur Verminderung von Gefahren für das betroffene Rechtsgut verpflichtet. Schon Verzögerungen sind daher pflichtwidrig, wenn die Gefahr durch diese Verzögerung wächst. Ein unmittelbares Ansetzen wird man daher bereits im Untätigbleiben sehen können, als S erkannte, dass sich das Tretboot mit Wasser füllte. Nach ihrer Vorstellung war B bereits unmittelbar in Gefahr. Spätestens als sie ins Hotel ging, gab sie jedenfalls den weiteren Kausalverlauf aus der Hand.

d) Da alle Ansichten zu einer Bejahung des unmittelbaren Ansetzens führen, ist eine Stellungnahme entbehrlich. S hat unmittelbar zum Totschlag durch Unterlassen angesetzt.

III. Rechtswidrigkeit und Schuld

S handelte rechtswidrig und schuldhaft.

IV. Ergebnis

S hat sich wegen versuchten Totschlags durch Unterlassen gem. §§ 212 Abs. 1, 13 Abs. 1, 22, 23 Abs. 1 StGB strafbar gemacht.

²⁰ Vgl. z. B. Herzberg MDR 1973, 89; Schröder JuS 1962, 81.

²¹ So noch Welzel Das Deutsche Strafrecht, 11. Aufl. 1969, S. 221.

²² BGHSt 38, 356; Bosch Jura 2011, 909 (914); Kudlich JA 2008, 601.

B. STRAFBARKEIT DER S WEGEN AUSSETZUNG GEM. § 221 ABS. 1 NR. 2 STGB

Indem S für B keine Hilfe holte, könnte sie sich wegen Aussetzung gem. § 221 Abs. 1 Nr. 2 StGB strafbar gemacht haben.

durch den versuchten Totschlag durch Unterlassen gesetzeskonkurrenz verdrängt.²³

I. Tatbestand

1. Objektiver Tatbestand

S lässt B in einer hilflosen Lage im Stich, obwohl sie ihm als Ehefrau beizustehen verpflichtet ist. Dadurch wurde B der Gefahr des Todes ausgesetzt. Das Imstichlassen war auch kausal für die Todesgefahr des B. Der objektive Tatbestand des § 221 Abs. 1 Nr. 2 StGB ist erfüllt.

2. Subjektiver Tatbestand

S handelte hinsichtlich aller objektiven Tatbestandsmerkmale (Imstichlassen und Todesgefahr) vorsätzlich.

II. Rechtswidrigkeit und Schuld

S handelte auch rechtswidrig und schuldhaft.

III. Ergebnis

S hat sich wegen Aussetzung gem. § 221 Abs. 1 Nr. 2 StGB strafbar gemacht.

C. STRAFBARKEIT DER S WEGEN UNTERLASSENER HILFELEISTUNG GEM. § 323C ABS. 1 STGB

S hat sich zudem wegen unterlassener Hilfeleistung gem. § 323c Abs. 1 StGB strafbar gemacht. Diese Strafbarkeit tritt jedoch hinter den versuchten Totschlag durch Unterlassen und der Aussetzung zurück. Letztere wird

²³ Vgl. BGH NStZ 2017, 90.